

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im O.-A.-Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgiszeile oder deren Raum 20 S., Familien-Anzeigen 15 S., Reklamezeile 60 S., Sammelanzeigen 60% Zuschl. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf.-No. Stuttgart 5118

Nr. 282

Gegründet 1827

Samstag, den 30. November 1929

Fernsprecher Nr. 29

103. Jahrgang

„Politische Wochenschau“ siehe Seite 9.

### Geben die Bankinsolvenzen Grund zur Beunruhigung?

Borige Woche hat die mit einem Aktienkapital von 500 000 Mark ausgestattete Voigtländische Kreditbank A.-G. Plauen i. V. ihre Zahlungen eingestellt. „Biele kleine Geschäftsleute“, heißt es in den Handelsberichten, „dürften mindestens um einen Teil ihrer Ersparnisse gebracht sein. Das Institut wies für das am 31. Dezember 1928 abgelaufene Geschäftsjahr noch einen Reingewinn von 53 651 Mark aus, aus dem eine Dividende von 5 Prozent zur Verteilung gelangte.“

Ähnliche Meldungen liest man Tag für Tag. Kein Wunder, daß die Sparer stutzig werden. Man denke an die Bestürzung, die der Zusammenbruch der „Deutschen Beamtenbank“ in weiten Kreisen der Beamtenschaft in Berlin und darüber hinaus vor ein paar Monaten hervorgerufen hat, so daß der „Deutsche Beamtenbund“ und andere Beamtenverbände ihre Mitglieder nur zu trösten und zu beruhigen hatten, damit sie nicht austraten.

Kurz: In der Zeit seit dem 1. Juli 1929 sind insgesamt rund 80 deutsche Bankenzahlungen unfähig geworden. „Wird es nicht zu einer zweiten Inflation kommen?“ vollends, wenn wir Jahr für Jahr diese entsetzlichen Tribute an den ehemaligen Feindbund ohne jegliche Gegenleistung abführen müssen?

Nein, so schlimm wird's nicht werden. In 5 Monaten 80 Bankinsolvenzen — das klingt schauerlich. In Wirklichkeit aber ist das noch lange nicht so arg, wenn man das ausgepreßte und verarmte Deutschland mit andern Staaten, etwa mit dem reichen und überreichen Amerika vergleicht. Bei etwa 3000 eigentlichen Banken sind 80 Bankrotte erst knapp 2,5 Prozent, und zählt man noch die andern bankähnlichen Unternehmungen dazu, so sind es nur 1 Proz. In den Vereinigten Staaten sind aber in den Jahren 1921 bis 1928 nicht weniger als 5000 Banken verschwunden, sei es durch Fusion oder durch Bankrott, und dies trotz der fabelhaften Konjunktur, deren sich Amerika zu erfreuen hat.

Letztere fehlt uns aber in sehr empfindlichem Maß. Schon haben wir wieder über 1 Million Arbeitsloser. Die allgemeine Klage lautet allüberall: „Die Geschäfte gehen schlecht.“ Alle solide Firmen — von den andern ganz zu schweigen — melden ihre Zahlungsunfähigkeit an, und es wäre ein großes Unrecht, sie samt und sonders des Schwindels oder gar Betrugs zu beschuldigen. Die Sklareks sind, Gott sei Dank, immer noch Ausnahmefälle.

Die Hauptschuld an den Bankzusammenbrüchen hat selbstverständlich die rückgängige Konjunktur in Handel und Gewerbe, für die es Dutzende von Erklärungen gibt und deren erhebliche Besserung wir, ohne daß wir pessimisten wären, für die nächsten Jahre nicht zu erwarten haben. Zusammenbrechende Geschäfte, denen die Bank vielleicht mit allzugroßem Langmut kreditiert hat, ziehen ihre Geldgeber mit in den Abgrund.

Auch hört man da und dort den Vorwurf: die Banken hätten zuviel Personal, sie würden die Spesen nicht ihren Umständen anpassen, ihre Direktoren und Sozi hätten Einkünfte mit vier und gar fünf Nullen, ihr Inhaber fahre mitunter einen Wagen, der zwischen 30 000 und 60 000 Mark gekostet habe. Wir sind nicht in der Lage, diese Klagen nachzuprüfen. Mag sein, daß ab und zu ein Bankdirektor trotz seines reduzierten Geschäfts immer noch auf hohem Fuße lebt. Vielleicht muß er um des geschäftlichen Rufes willen dies tun. Und der Abbau von Bankbeamten, von dem vor drei Wochen auch in unserem Landtag die Rede war, und der vielfach mit der Fusion zusammenhängt, ist im Hinblick auf die Betroffenen, die so schwer in andern Geschäften untergebracht werden können, keine so einfache Sache, wie es sich Außenstehende vorstellen. Im allgemeinen aber kann man mit gutem Gewissen unsern alten Bankfirmen alles Vertrauen entgegenbringen.

### Neueste Nachrichten

#### Der Liquidationsvertrag mit Polen

Berlin, 29. Nov. Im Reichstagsausschuß für Auswärtiges wurde der Gesetzentwurf über den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag von den bürgerlichen Parteien scharf kritisiert. Da der Vertrag mit dem Young-Plan zusammenhängt und erst mit diesem im Januar zur Entscheidung kommt, so läßt sich über sein Schicksal noch nichts sagen. Die Regierung hat aber bis jetzt die Veröffentlichung des Vertragswortlauts der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilt und soll nach dem Wunsch Polens erst mit den Befehlen zum Young-Plan veröffentlicht werden, was die Beunruhigung im Reich noch steigert. Gewiß ist bis jetzt nur, daß die Reichsregierung den Polen ungeheure Opfer zu bringen gewillt ist.

Die demokratische „Deutsche Bauernschaft“, die dem Reichsernährungsminister nahesteht, erklärt in einer Entschließung, der deutsch-polnische Handelsvertrag widerspreche in allen wesentlichen Punkten der

### Der Reichsrat beschließt:

## ... und zur Befriedung des politischen Lebens

Berlin, 29. Nov. Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Vollziehung das Republikstimmgesetz in der von den Ausschüssen beschlossenen beschränkten Fassung mit 50 gegen 16 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Bayern, Mecklenburg-Schwerin, Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien. Die Ausschüsse haben aus dem Entwurf Severings vor allem die Zuständigkeit des Reichsministers des Innern für ein Vergehen gegen Vereine und Reichsverwaltungsgericht gestrichelt, um persönliche und parteipolitische Willkür auszuschalten. Reichsminister Severing verurteilte in der Sitzung nochmals, die ursprüngliche Fassung wiederherzustellen, die Anträge wurden aber mit 38 gegen 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der Reichsrat hat ferner die Severingsche Forderung, daß nur Amtspersonen und berufliche Politiker durch das Gesetz geschützt werden sollen, dahin erweitert, daß jede Gewalttat gegen eine Person wegen einer politischen Tätigkeit geschützt werden soll, ganz gleich, an welcher Stelle der zu Schützende

steht. Dadurch soll verhütet werden, daß der gesetzliche Schutz gegen Angriff nur jeweils regierenden Parteimitgliedern zugute komme. Ferner ist auch die Bezeichnung des Gesetzes geändert worden. Die Ueberschrift „Gesetz zum Schutz der Republik“ lautet nunmehr „Gesetz zum Schutz der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens“. Mit dieser Aenderung soll dem Gesetz der Stachel der Einseitigkeit genommen werden.

Der Reichsrat nahm ferner das Pensionsgesetz für Reichsminister an. Danach wird den Reichsministern nach dem Ausscheiden aus dem Amt ein Uebergangsgeld gewährt, dessen Höhe sich nach der Amtsdauer richtet. Eine dauernde Rente wird nur im Fall einer Gesundheitschädigung bezahlt. Der preussische Antrag, den Reichsministern, wie in Preußen, nach vierjähriger Dienstzeit eine feste Pension zu zahlen, wurde mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

### Sehr gut gesprochen, Lord Buckmaster

## „Wie es die Bolschewisten machen“

London, 29. Nov. Im Oberhaus richtete Lord Buckmaster erneut scharfe Angriffe gegen die jetzige und die früheren britischen Regierungen, die mit der Beschlagnahme deutschen Privateigentums es gerade so machen, wie es die Bolschewisten machen, indem man wehrlosen Leuten das Eigentum wegnehme. Besonders beschämend sei das für die Arbeiterregierung, die als Partei in den letzten 14 Jahren den Mund nicht habe voll genug nehmen können, um die Schlechtigkeit der Beschlagnahme zu brandmarken. Aber offenbar ändern sich Worte und Ansichten, wenn man von den Banken der Opposition auf die Bänke der Regierung komme. Der Vertreter der Regierung ging in seiner Antwort auf die Sache selbst nicht ein, sondern bedauerte die „Ausdrucksweise“ Buckmasters; das Wort „Beschlagnahme“ sei „unpassend“ (wenigstens scheinen es gewisse Leute in England nicht gern zu hören. D. Schr.). Durch solche Reden würden nur Reibungen statt „Veröhnung“ zwischen England und Deutschland herbeigeführt.

#### Die deutsch-russischen Bauern auf dem Weg

Riga, 29. Nov. In Riga ist die Nachricht aus Moskau eingetroffen, daß die erste Abteilung der deutsch-russischen Bauern, 600 Personen, am Donnerstagabend 11 Uhr von

Moskau abgegangen und am Samstag früh 9 Uhr in Riga zu erwarten sei. Hier werden die Auswanderer gepfeift und in deutsche Wagen gebracht. In Gumbinnen (Ostpreußen), wo sie am Sonntag früh eintreffen werden, ist eine Raft von 24 Stunden vorgefahren. Die zweite Abteilung in der gleichen Stärke verläßt Moskau am 29. November abends, die dritte Abteilung am 30. November. Die weiteren Züge folgen in gleichen Abständen. Die deutsche Gefandtschaft hat alles für die Verpflegung der Bauern geordnet. Dabei haben das lettische Ministerium des Außern, das Verkehrsministerium und das lettische Rote Kreuz größtes Entgegenkommen gezeigt. Ein Sonderzug mit Sanitätspersonal, darunter zwölf Krankenschwestern, drei Ärzte und Vertreter verschiedener Behörden, wurde Freitag früh an die russische Grenze entgegengeschickt.

#### Die Flokkenkonferenz im St. Jamespalast

London, 29. Nov. Das Kabinett hat das Angebot des Königs angenommen, den Staatsraum des St. James-Palastes für die kommende Fünfmächtekonferenz, die am 1. Januar beginnen soll, zu benutzen. Die Vollstimmungen der Konferenz sollen indessen in der königlichen Galerie des Oberhauses abgehalten werden.

#### Schulzwang zur Verfassungsfeier

Hirschberg, 29. Nov. Der der Kommunistischen Partei angehörende Elektrotechniker Lehmann in Grünau in Schlesien hatte seine schulpflichtigen Kinder nicht zur Verfassungsfeier in die Schule geschickt, weil nach seiner Ansicht Eltern, die mit der jetzigen Staatsform nicht einverstanden sind, auch ihre Kinder nicht zur Schulverfassungsfeier zu schicken brauchten. Das Hirschberger Amtsgericht verurteilte Lehmann mit der Begründung, daß die Schulfeste einen Teil des Unterrichts darstellen und daher von allen Kindern besucht werden müssen. Dieser Ansicht ist jetzt auch das Kammergericht beigetreten, indem es die Revision Lehmanns gegen das erste Urteil verworfen hat. Nach Aufhebung des Kammergerichts hat zwar jeder Deutsche das Recht, seine Meinung frei zu äußern, aber nur innerhalb der allgemeinen Gesetze. Zu diesen Schranken der Befreiung der freien Meinungsäußerung gehöre auch das Schulpflichtgesetz, das jeder Familienvater beachten müsse.

#### Studentenauswahlwahlen in Breslau

Breslau, 29. Nov. Bei den Wahlen zum Studentenauschuß der Deutschen Studentenschaft an der hiesigen Universität wurden 1587 Stimmen abgegeben (im Vorjahr 1423). Die Nationale Studentenschaft erhielt 571 und damit 16 Sitze (im Vorjahr 22), die Nationalsozialistischen Studenten 391 Stimmen und 11 Sitze (0), Nationale Finken-schaft 306 Stimmen und 8 Sitze (9), Christlichnationaler (katholischer) Korporation 308 Stimmen und 8 Sitze (10).

#### Selbstmord des japanischen Gefandten in China

Tokio 29. Nov. Der japanische Gefandte in China, Sadao Sabuzi, der zur Zeit hier weilte, um die kommenden Verhandlungen mit China zu eröffnen, hat sich gestern in später Abendstunde durch einen Schuß getötet. Gestern war der dritte Jahrestag des Todes seiner Gattin und es ist anzunehmen, daß der Gefandte die Tat in einem Anfall von Schwermut begangen hat. Allgemein ist man der Ansicht, daß Japan durch Saburis Tod des Diplomaten beraubt worden ist, der am ehesten berufen war, die Versöhnungspolitik Shidebaras gegenüber China durchzuführen.

Interessen der deutschen Wirtschaft, insbesondere der deutschen Landwirtschaft.

#### Die Winkerkredite verlängert

Berlin, 29. Nov. Nachdem der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags mit großer Mehrheit für die völlige Niederschlagung der Winkerkredite von 1925 im Betrag von 30 Millionen Mark sich ausgesprochen hatte, bemerkte ein Abgeordneter der Linken, daß der Reichstag die Niederschlagung am 3. Juni 1929 abgelehnt habe, die Entschließung war daher unwirksam. Es wurde darauf beschloffen, die Regierung zu ersuchen, die Winkerkredite über ihre Fälligkeit hinaus zu verlängern und in besonderen Notfällen teilweise oder ganz niederzuschlagen.

#### Zwei Reichsgerichtsräte verurteilt

Berlin, 29. Nov. In der Berufungsverhandlung in der Privatklagesache des Herausgebers der politischen Wochenschrift „Tagebuch“, Leopold Schwarzschild in Berlin, wurden gestern von der Strafkammer des Landgerichts 2 der Senatspräsident am Reichsgericht, Reichert, und der Reichsgerichtsrat Beyer wegen Beleidigung zu je 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt. In erster Instanz waren sie freigesprochen worden, weil sie in Abwehr von Angriffen Schwarzschilds gegen ein Gerichts-urteil und den Richterstand in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hätten.

Schwarzschild hatte das Todesurteil des Schwurgerichts Neustrelitz gegen den aus Rußland stammenden Jakobowitsch wegen Mords, das inzwischen auch von anderen Gerichtsstellen als vollkommen einwandfrei festgestellt worden ist, heftig angegriffen. In der Abwehr dieser unerhörten Angriffe hatten Beyer und Reichert in einem Aufsatz der „Deutschen Richterzeitung“ Schwarzschild als einen rechtseugenden Literaten bezeichnet. In diesem Ausdruck fand die Strafkammer eine Beleidigung, die über das zulässige Maß einer an sich berechtigten Wahrung des Ansehens des Richterstands hinausgehe.

er

isen

elöst!



1529

Mäntel  
en, auch  
Kleidung  
Qualitäten.  
se konkurrenzlos

er. Tel. 116.

ge



1676

%

bergerstr.

kenntnisse besitzt  
n) bei guter Be-  
Feuerbach

# Württemberg

**Stuttgart, 29. Nov. Entlassungen bei der Firma Hauelsen.** Die Schuhfabrik Hauelsen hat beim Handels- und Gewerbeaufsichtsamt den Antrag auf Genehmigung zur Entlassung von weiteren 200 Arbeitern eingereicht. In den vergangenen Jahren wurden bis zu 2400 Arbeiter bei der Firma beschäftigt. Nach der Entlassung der beantragten 200 Arbeiter dürften noch insgesamt 960 Personen bei der Firma tätig sein.

**Der Weltflieger Freiherr v. König-Warthausen in Stuttgart.** Freiherr Karl v. König-Warthausen trifft am Samstag zu einem Besuch in Stuttgart ein. Er wird im Verlauf des Vormittags zunächst die Vertreter der Presse begrüßen und dann dem Stellvertreter des abwesenden Herrn Staatspräsidenten und dem württ. Wirtschaftsminister, sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart einen Besuch abstatten. Nachmittags stattet er dem Flugplatz Böblingen einen Besuch ab und verbringt den Abend im Kreis der württ. Sportflieger. Am Montag abend 8 Uhr findet in der Lieberhalle in Stuttgart ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern über seinen Weltflug statt.

**ep. Zusammentritt des Deutschen Evang. Kirchenausschusses.** Der Deutsche Evang. Kirchenausschuß, die oberste Vertretung des Kirchenbunds, trat am Donnerstag unter dem Vorsitz von Präsident D. Dr. Kapler zu seiner Winter Sitzung in Berlin zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Präsident dem jüngst verstorbenen stellv. Vorsitzenden D. Dr. Duske einen Nachruf, in dem er in warmen Worten die hohen Verdienste des Heimgegangenen um das Werk des Deutschen Kirchenbunds würdigte. Zum ersten Mal ist als Mitglied des Kirchenausschusses Kirchenpräsident Wurm-Stuttgart, der Führer der württembergischen Landeskirche, zugegen, der von dem Präsidenten herzlich begrüßt wurde.

**Landmaschinenausbesserungskurs.** Am 25. November d. J. wurde auf Veranlassung des württ. Handwerksamtmertags im Benehmen mit dem württ. Landsgewerbeamt und den Landesfachverbänden für das Schmiede-, Schlosser- und Mechanikerhandwerk unter Führung der Deutschen Landmaschinenführerschule in Rommelshausen veranstaltete Kurs für Landmaschinenausbesserung eröffnet. Das Ziel dieser Kurse ist die verbesserte Weiterbildung der metallgewerblichen Handwerker bzw. deren Umschulung für die Ausbesserung landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren, sowie die Anbahnung einer weitreichenden Zusammenarbeit zwischen Landmaschinenindustrie, Handel und Handwerk. Der Kurs findet in der Zeit vom 25. November bis 21. Dezember d. J. in den Räumen der Maschinenfabrik W. Bahler Söhne in Rommelshausen statt.

**Der Verwaltungsgerichtshof gegen die Stuttgarter Jugendamts-Satzung.** Der Gemeinderat Stuttgart hat im Dezember 1928 die Satzung für das Jugendamt Stuttgart neu erlassen und darin bestimmt, daß für die Erledigung der nicht dem Jugendamt (Gesamtkollegium) selbst vorbehaltenen Aufgaben ein im Rahmen seiner Zuständigkeit an die Stelle des Gesamtkollegiums tretender Ausschuß gebildet werde, der aus den ersten Beamten des Jugendamts als Vorsitzenden, dem Stadtrat, dem Bezirksschulrat und neun weiteren Mitgliedern des Jugendamts bestehen solle. Dieser Bestimmung hat das Innenministerium die Zustimmung verweigert, weil einem Ausschuß, der in erheblichem Umfang an die Stelle des Gesamtkollegiums treten werde, alle im Landesjugendwohlfahrtsgesetz genannten Personen, also auch der Oberamtsarzt und je ein Geistlicher der evangelischen und katholischen Kirche angehören sollen. Gegen diesen Bescheid hat das Stadtschultheißenamt Stuttgart Rechtsbeschwerde beim württ. Verwaltungsgerichtshof erhoben, der jedoch die Rechtsbeschwerde unter Ansatz einer Spornel von hundert Mark als unbegründet abgewiesen hat. Auf Grund dieses Urteils wird der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung erneut zu der Satzung Stellung zu nehmen haben.

**Eine Ablehnung der Beamtenbanken.** Der Reichsbund der höheren Beamten, Landesgruppe Württemberg, schreibt: Die Landesgruppe Württemberg des Reichsbunds der höheren Beamten hat aus grundsätzlichen Erwägungen von Anfang an jede Werbung für die Reichsbundbank im Kreis ihrer Mitglieder abgelehnt. Sie nimmt jeder anderen Beamtenbank gegenüber dieselbe Stellung ein und verweist ihre Mitglieder auf die zahlreich vorhandenen privaten und öffentlichen Bankanstalten, weil sie jede Sonderinstitution der Beamtenbank auf dem Gebiet der Geldwirtschaft ablehnen.

**Unfall im Landesheater.** Bei der gestrigen Aufführung des Balletts „Pagoden“ zog sich der erste Solotänzer Kurt Hagen zu Beginn der Vorstellung eine Knieverletzung zu; trotzdem führte er die Rolle zu Ende. Er mußte aber dann ins Krankenhaus verbracht werden.

**Höfingen M. Reomberg, 29. Nov. Ueberfall.** Auf dem Heimweg von Hirschlanden nach Höfingen wurde Mittwoch abend Gottlob Schiele von einem Unbekannten überfallen. Der Ueberfallene setzte sich zur Wehr. Nach längerem Handgemenge ergriff der Täter die Flucht. Nach Angaben des Schiele hat der Täter mehrere Kratzwunden davongetragen. Schiele trägt des öfteren größere Geldbeträge zur Auszahlung von Zuckerrüben-Lieferungen bei sich. Am Tag des Ueberfalls hatte er aber zufällig keinen größeren Geldbetrag bei sich. Vermutlich hatte es der Begelagerer auf diese Gelder abgesehen.

**Heilbronn, 29. Nov. Untersuchung.** Der Tod des Leichtathleten Weber, der bei einem Ringkampf die Wirbelsäule brach, hat die Staatsanwaltschaft zu einer kriminellen Untersuchung des Falls veranlaßt.

**Göppingen, 29. Nov. Der Stadthaushaltplan beanstandet.** Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat gegen den vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltsplan für 1929 Einspruch erhoben. Der Haushalt weist trotz einer Umlage von 24 v. H. einen ungedeckten Fehlbetrag von 195 005 M auf, der nach dem Regierungsbescheid nicht zulässig ist; er müsse entweder durch Einsparungen oder weitere Einnahmen befreit werden. Der Gemeinderat stimmte nun dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, die Umlage auf 25 v. H. zu erhöhen (Rehreinahme 66 000 Mark), auf vier Monate eine Gaswärmemiete einzuführen (13 000 M Mehretragnis) und den Wasserzins von 20 auf 25 J auf 4 Monate zu erhöhen (23 700 M). Mit diesen Einnahmen würde der Fehlbetrag sich auf 92 305 M ermäßigen, wofür Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock und aus dem Schullastenausgleichsfond verlangt werden müßten.

**Gmünd, 29. Nov. Kreditbetrug.** Der 29 J. a. verh. Mühlenbauer D. St. von Nördlingen, der zuletzt in Augsburg wohnhaft war, stand wegen Kreditbetrugs im Rückfall an einem Mühlenbesitzer J. J. aus Heubach, den er etwa um 1800 Mark schädigte, vor dem Schöffengericht Gmünd. Der Angeklagte ist vielfach vorbestraft und befindet sich zur Zeit wegen eines anderen Betrugsfalles in Haft. Das Gericht erkannte wegen Kreditbetrugs auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, aus der zusammen mit einer früher erkannten Strafe von 9 Monaten eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis gebildet wurde.

**Ellwangen, 29. Nov. Erneuerung.** Zum Regierungs-Medizinalrat beim Versorgungsamt Ellwangen wurde der approbierte Arzt Dr. med. Eugen Laubmeister ernannt.

**Balingen, 29. Nov. Erkannte Leiche.** Bei der auf dem Bahnhof Pfrommern tödlich verunglückten Persönlichkeit handelt es sich um den 61 J. a. Korbmacher Jakob Rieker aus Talheim M. Rottenburg. Die Feststellung der Identität des Toten wurde erschwert, weil er sich längere Zeit unter falschem Namen als Arbeiter in der Umgegend aufgehalten hat, um einer Verhaftung, die er wegen verschiedener Straftaten zu gewärtigen hatte, zu entgehen.

**Biberach, 29. Nov. Die Amtsversammlung beschloß nach längerer Beratung durch Stichterscheid des Vorsitzenden die Erweiterung des Bezirkskrankenhauses und die Errichtung eines Neubaus für die Landwirtschaftl. Schule. Die Kosten für das Bezirkskrankenhaus sind mit 435 000 Mark berechnet. Borgelesen ist auch die Eingliederung einer Wöchnerinnenabteilung. Der Neubau für die Landwirtschaftsschule erfordert einen Kostenaufwand von 200 000 Mt.**

**Isny, 29. Nov. Ein Kircklein in einer Heilanstalt.** In der Lungenheilanstalt der Landesversicherungsanstalt Württemberg, Ueberruh, wurde die von Architekt Stahl-Stuttgart entworfene und ausgeführte Simultankirche in Anwesenheit von Vertretern des Vorstands und Ausschusses der Landesversicherungsanstalt, sowie weiterer geladener Gäste ihrer Bestimmung übergeben.

**Ravensburg, 29. Nov. Konkurs Schuler.** Auf dem Amtsgericht fand in dieser Sache die erste Gläubigerversammlung statt, zu der etwa 20 Personen erschienen waren. Konkursverwalter, Bezirksnotar Saffenbäuch, teilte mit, daß die angemeldeten Forderungen aus Warenlieferung und Darlehen etwa eine halbe Million Mark betragen. Die Aktiva werden auf etwa 180 000 Mark geschätzt. Unter den bevorrechteten Forderungen befinden sich hohe Steuerforderungen, die bis 1926 zurückreichen. Die Gesamtlage muß zunächst als noch ungeklärt bezeichnet werden. Es wurde ein Gläubigerausschuß bestellt und beschloffen, die Meck-Werte in Meckbeuren in beschränktem Umfang zunächst nach vier Wochen weiterzuführen.

**Vom Bodensee, 29. Nov. Ein Kriegerdenkmal im See?** Gegen den Plan, das Bregener Kriegerdenkmal auf eine in den See künstlich gebaute Insel zu setzen, macht sich starke Opposition geltend. Dabei wird auf die Bitterungseinflüsse, die Unzugänglichkeit und vor allem auf die Tatsache verwiesen, daß die Gefallenen ja in den Bergen und nicht als Seeleute oder Marinejoldaten gestorben seien.

**Technikum Konstanz am Bodensee.** Das Technikum Konstanz hat sich unter ständiger Anpassung an die Fortschritte der Technik in den beiden letzten Jahrzehnten zu den bestbeachteten höheren technischen Lehranstalten Süddeutschlands entwickelt. Die leichtfaßliche Lehrmethode, sowie reichhaltige Lehrmittel- und Versuchseinrichtungen bieten Gewähr für eine gründliche und zeitgemäße Ausbildung zu Ingenieuren, Technikern und Werkführern im Maschinenbau und in der Elektrotechnik, sowie im Flugzeugbau und Automobilbau.

Konstanz und der Bodensee sind durch ihre reizvolle Umgebung wohlbekannt. Auch die Industrie am See, die durch die Namen Zeppelin, Dornier und Maybach repräsentiert wird.

Die Beschäftigung der Industrieschöpfungen bildet eine lehrreiche Ergänzung des theoretischen Unterrichts.

## Aus Stadt und Land

Nagold, den 30. November 1929.

Der Weise ward befragt: Was wünschst du für Gaben? Er sprach: Nichts wünsch' ich, als zu wünschen nichts zu haben.  
Friedr. Rückert.

### Beforgt die Weihnachtseinkäufe frühzeitig!

Die gesteigerte Kaufreudigkeit in der Weihnachtszeit bringt eine erfreuliche Belebung des Geschäftsumsatzes mit sich, gleichzeitig stellt sie aber auch außerordentlich starke Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Verkäufer und Inhaber der Ladengeschäfte, die alle Kräfte aufbieten müssen, um dem Ansturm der Käufer gewachsen zu sein. Die Käuferkraft will ja, um ihren Bedarf an Weihnachtsgeschenken recht zweckentsprechend auswählen zu können, Zeit und Ruhe zum Einkauf, zur Auswahl und Prüfung haben, will aufmerksam bedient sein, denn nicht nur das Schenken, sondern auch der Einkauf soll Freude machen.

Eine reibungslosere Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts für beide Teile, Käufer wie Verkäufer, kann erreicht werden, wenn die Käuferkraft die eindringliche Mahnung beherzigt: **Kauft nicht in den Abendstunden!** — Dieser Ruf richtet sich in erster Linie an die Hausfrau und an diejenigen Kreise, die die Möglichkeit haben, die Einkäufe schon in den Vormittags- oder frühen Nachmittagsstunden zu besorgen. — Durch den Andrang während der letzten Tagesstunden ist Verger und Unzufriedenheit trotz besten Willens des Verkaufspersonals nicht zu vermeiden. Die geschäftlich festgelegte Ladenschlußzeit wird für den Angestellten insofern noch überschritten, als die Aufstellungs- und Abrechnungsarbeiten seine ohnehin schon tags bemessene Freizeit noch um eine weitere viertel oder halbe Stunde einschränken.

Auch die Einzelhandelsangestellten und Geschäfts-Inhaber haben Anspruch auf Ruhe und Erholung! Nicht nur am Werttagabend, auch die anderen Berufen zugesprochene Sonntagsruhe möchten sie in der Vorweihnachtszeit gern genießen.

Und wer weiter Verständnis hat für die sozialen Nach-

## Der Erbacher Prozeß

**Ulm, 29. Nov.** Vor dem erweiterten Schöffengericht begann heute der Erbacher Prozeß. Angeklagt ist der frühere Schultheiß Heinrich Dehner von Erbach, der 42 J. a. Kaufmann Arthur Müller, der augenblicklich in Nürnberg wohnt, der 29 J. a. Müller und Kaufmann Robert Fundel in Ulm, der 35 J. a. Obersekretär und Bankdirektor Franz Bittsch nau in Ulm, der 31 J. a. Kaufmann August Jaber in Ulm und der 33 J. a. städtische Obersekretär Ringwald von Ulm. Die Anklage selbst lautete auf eine ganze Reihe von Vergehen, wie Falschbeurkundung im Amt, Untreue, Betrug, Bankrott, Gläubigerbegünstigung, Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz und gegen das G.m.b.H.-Gesetz.

Die Hauptschuld trägt der am 23. April 1883 in Großelfingen geborene Heinrich Dehner, der seit dem 11. April 1912 Schultheiß von Erbach ist. In diesem Amt betrug sein Gehalt 8243 Mark, wovon 400 Mark Gebühren aus der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind. Bis nach der Inflation genöß er durch viele Jahre das uneingeschränkte Vertrauen der 1500 Einwohner zählenden Gemeinde und ihres Gemeinderats. Neben seiner Haupttätigkeit hatte er noch eine Anzahl weiterer Ämter. So war er — und dies ist für den Prozeß von besonderer Bedeutung — zugleich Ratsschreiber von Erbach, dann Vorstandsmitglied des württ. Gemeindefortschrittsvereins, zeitweise Mitglied des Verwaltungsrats Oberschwäbischer Elektrizitätswerke und im Landesauschuß des Vereins zur Förderung ländlicher Wohlfahrtspflege. Seine Gemeinde verdankt ihm eine große Zahl volkswirtschaftlich wichtiger Verbesserungen auf den verschiedenen Gebieten. Dazu brauchte er bzw. die Gemeinde aber Geld. Um dieses zu beschaffen, gründete er verschiedene Gesellschaften, die der Gemeinde und ihm verderblich wurden.

Die Gründungen begannen 1919 mit der Mühle-Bezugs- und Abgabengesellschaft „Müba“, die den An- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Erzeugnisse erleichtern sollte. An dieser Müba war die Gemeinde Erbach mit 50 Geschäftsanteilen ohne jede Einzahlung beteiligt, die 1921 auf Anweisung des Oberamts gekündigt wurden. Die Eintragung im Grundbuch über den Kauf des Mühlenanwesens hat Dehner im Hinblick auf die Aufwertung immer weiter hinausgeschoben. 1923 wurde ein eigenes Wirtschaftsamts der Müba gegründet, das von den Angeklagten Schenzle und Ringwald im Auftrag der Gemeinderatsverwaltung verwalte wurde. Damals erstreckte sich der Handel vor allem auf Seifen und Parfümieren, obwohl dafür keine obrigkeitliche Genehmigung vorhanden war. Kurz nach der Stabilisierung der Währung wurde das Seifengeschäft Schiele in Ulm erworben, wobei der darin tätige Friseur und Kaufmann Jakob er übernommen wurde. Als das Wirtschaftsamts zu groß wurde, erfolgte eine Teilung für Finanzgeschäfte. Im August 1924 wurde der Angeklagte Bittsch nau in der Finanzabteilung angestellt. Die Warenabteilung nannte sich zunächst „Erbacher Großhandel“, kurz „Erba“, später „Großparfümerie Erba G.m.b.H.“ kurz „Refa“, wobei Ringwald und Jaber je 2500 Mark als Stammkapital einzahlen sollten, jedoch nicht einzahlten. Als eine Gründung der Finanzabteilung unter dem Namen „Erbacher Bank“, später „Öffentliche Spar- und Girokasse

für Erbach, Sij Ulm“, vom Innenministerium unterfragt wurde, beschloß auf Antrag Dehners der Erbacher Gemeinderat im Januar 1925 eine derartige Bank als Gemeindebetrieb zu errichten. Da Dehner immer wieder eine Einsicht in diese Betriebe zu hinterziehen wußte, war wohl im September 1927 der Schuldenstand der Gemeinde mit 334 000 M, nicht aber die Wechselschuld in Höhe von 480 000 Mark bekannt. Das Oberamt war durch den Angeklagten Jaber am 20. Juni 1927 in einem anonymen Schreiben von der Unhaltbarkeit der Zustände benachrichtigt worden. Tatsächlich stieg die Gesamtschuld der Gemeinde von 110 955 Ende 1924 auf 507 450 M Ende Dezember 1927.

Dehner war Schultheiß und Ratsschreiber zugleich. In dieser zweiten Eigenschaft fügte er im Gemeinderatsprotokoll einen angeleglichen Bescheid des Gemeinderats ein, wonach der Ortsvorsteher zur Eingehung wechselseitiger Verpflichtungen für die Gemeinde berechtigt sei. Noch einmal fälschte er dieses Protokollbuch mit einem eingetragenen Bescheid, durch den er das Recht bekam, Verpflichtungen der „Refa“ auf die Gemeinde zu übernehmen. Diese Beschlüsse ließ er sich teils von einem Notar, teils von dem stellv. Ortsvorsteher betunden. Als er vom Stadtschultheißen von Leutkirch ein Darlehen aufnehmen wollte, versuchte er die Verschuldung der Gemeinde wie auch die Tatsache, daß von dem obrigkeitlich genehmigten Gemeindefortschrittsverein von 200 000 Mark schon 70 000 Mark aufgenommen worden waren. In einem Grundbuchauszug erhöhte er fälschlicherweise den Waldbesitz der Gemeinde von 13 auf 130 000 Hektar.

Als Dehner von der Eidgenössischen Bank in Zürich ein Darlehen aufnehmen wollte, erklärte er, die Gemeinde brauche das Geld für volkswirtschaftliche Zwecke, während in Wirklichkeit damit die Schulden der „Refa“ gedeckt wurden. Auch gab er das Vermögen der Gemeinde mit 1 040 000 Mark, die Passiven nur mit 40 000 Mark wesentlich falsch an, um seinen Zweck zu erreichen. Dies gelang ihm so gut, daß er Mitte Januar 1927 wieder mit gefälschten Papieren bei der gleichen Bank nochmals 150 000 Mark erhielt. Von der Badischen Hypothekendarlehensversicherungsbank in Freiburg erhielt er durch ähnliche Schwindelereien nach und nach in der Zeit von Juli bis November 1927 die Summe von 130 000 Mark.

Ringwald und Jaber sind angeklagt, neben verschiedenen Vergehen gegen das G.m.b.H.-Gesetz der Erba unbefugterweise Geldbeträge von 1900 bzw. 1100 Mark entnommen zu haben. Der Angeklagte Müller steht im Verdacht, Unterschlagungen von über 17 000 Mark begangen zu haben. Bittsch nau und Schenzle entnahmen der Bank 939 100 bzw. 700 206 Mark für Borsentermingeschäfte. Außerdem haben sie einen großen Anteil an dem Gelingen der Verschleißerungsmanöver von Dehner und haben sich durch Unterlösung der Konkursanmeldung des Bankrottschuldigers gemacht. Fundel soll als „Weihnachtsgeschenk“ der Bank 342 Mark 62 Pfennig entnommen haben und ist weiterhin der Gläubigerbegünstigung bei der Transaktion um die „Müba“ angeklagt.

Das Technikum... an die Fort-... Fahrzeughn zu... Lehrentalten Süd-... hliche Lehrmethode... Verfahrseinstellungen... zeitgemäße Aus-... und Verfahrern im... mit, sowie im Flug-

teile, die er durch Nachlässigkeit oder Gewohnheit seinen im Einzelhandel beschäftigten Mitmenschen zufügt, der lauft am Weihnachtseilgenabend nicht nach fünf Uhr ein! Er erledigt seine Weihnachtseinkäufe rechtzeitig an den Wochentagen und an den Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden!

Vom Bezirksrat Nagold

Aus der Sitzung vom 28. November 1929: Konditor Theodor Gauß in Nagold erhielt die gewerbepolizeiliche Erlaubnis zur Verlegung seiner Kaffee-Schankräume (wie bereits umgebaut). Zugleich wurde genehmigt, daß neben den bisher schon zugelassenen Getränken nun auch Landweine zum Ausschank kommen dürfen. Der Bezirksrat ging davon aus, daß ein öffentliches Bedürfnis nach einem neuzeitlich eingerichteten Conditorei-Cafe vorhanden sei, in dem auch Landweine ausgeschenkt werden, und zwar nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr. — Aber auch die Konditoren Heinrich Lang und Heinrich Strenger in Nagold wollen in ihren Cafe-räumen Landweine ausschänken. Der Bezirksrat hat jedoch die erbetene Genehmigung abgelehnt mit der Begründung, daß ein Bedürfnis hierzu nicht vorhanden sei, nachdem im Cafe Gauß nun solche Weine zum Ausschank kommen dürfen. — Wilhelm Luz zum „Schatten“ in Altensteig hat gebeten, künftig in 3 Zimmern auch Fremde beherbergen zu dürfen. Die entsprechende Aenderung seiner Schank- u. einer Gastwirtschaft wurde genehmigt. — Die Auflösung der Entwässerungsgenossenschaft Gaugenwald ist beantragt. Hiezu erteilte der Bezirksrat (an Stelle des wegen Beteiligung beschlußunfähigen Gemeinderats) seine Zustimmung. — Ab 15. November ist als Assistenzarzt am Bezirkskrankenhaus Nagold Dr. med. Eugen März aus Siegburg angestellt worden. — Zur Mütterzeichnung von Erklärungen der Oberamtspar-tasse Nagold wurde im Rahmen der entsprechenden Dienstanweisung nun auch der Hilfsarbeiter Alois K. Lehr ermächtigt. — Für die Legung eines Parkettbodens in Saal 1 der von der landwirtschaftlichen Wirt-schule benützten Präparandenanstalt hat die Stadtge-meinde Nagold rund 600 RM. aufgewendet. Es kann ihr nicht zugemutet werden, diese Ausgaben allein zu tragen. Der Bezirksrat bewilligte einen Beitrag von 200 RM. — Der Amtskörpererschaft Nagold sind zur außerordentlichen Tilgung an dem von ihr der Stadtgemeinde Wildberg ge-währten Hofstaudbarchen 3000 Jm. als alleinige Nut-zung zugelassen worden. Ein Drittel hiervon wurde im letzten Nutzungsjahr gehauen; der Reinerlös beträgt lei-der nur 19 155 RM. Der Bezirksrat war nun vor die Frage gestellt, ob er den Rest mit 2000 Jm. nun auf einmal verlangen oder mit Rücksicht auf die für die Holzver-fäuer ungünstige Preisbildung auf dem Holzmarkt noch-mals verteilen solle. Daß eine wesentliche Besserung in dieser Preisbildung für alternäxste Zeit eintreten wird, ist nicht sehr wahrscheinlich, im übrigen gestattet die Fi-nanzlage der Amtskörpererschaft ein längeres Zuwarten nicht. Es wurde deshalb beschlossen, die noch ausstehenden 2000 Jm. voll im Nutzungsjahr 1930 zu verlangen.

Wichtiges Baugeld durch die öffentlichen Sparkassen

Unter den Förderern des Wohnungsbaus standen bis-her schon die Sparkassen in vorderster Reihe. In Wirt-temberg hatten sie 104 Millionen RM. zur Verfügung ge-stellt, dabei geben 58 von 70 Sparkassen Baugeld zu öf-fizierem als dem üblichen Darlehenszinsfuß. Nach neuen Feststellungen wird aber trotzdem die Zahl der heute noch in Württemberg fehlenden Wohnungen mit zirka 14-15 000 angenommen. So haben sich die öffentlichen Sparkassen entschlossen, einen Schritt weiter zu gehen und durch Einführung des kollektiven Bauparens die Hergabe von 4prozentigem Baugeld zu ermöglichen. Es wurde zu diesem Zwecke die „Öffentliche Baupar-tasse Württem-berg“ mit dem Sitz in Stuttgart als Einrichtung des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes ge-gründet. Sie hat ihre Tätigkeit dieser Tage aufgenom-men. Durch eingehende Untersuchungen erster Mathematiker ist ein System gefunden worden, das vorteilhaft, sicher und gerecht zugleich ist und jeder Kritik standhält. Es ist zu hoffen, daß die Sparkassen mit diesem Werk ihrem Streben auf Behebung der Wohnungsnot zu weiterem Erfolg verhelfen. (Siehe Anzeige).

Der deutsche Reichskriegerbund und die Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen

Von der Fürsorge-Abteilung des Württ. Kriegerbun-des in Stuttgart wird uns mitgeteilt: „Der Gesamtverband des Verbandes der Kriegsbeschä-digten und Kriegerhinterbliebenen des Deutschen Reichs-kriegerbundes „Kuffhäuser“ hat sich in seiner Sitzung in Berlin am 23. und 24. November 1929 eingehend mit der Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebe-nen, insbesondere mit den Sparmaßnahmen der Reichs-regierung auf dem Gebiete der Versorgung befaßt. Allgemein wurde es bitter empfunden, daß es nicht verhindert werden konnte, daß die ungünstige Lage der Reichsfinanzen sich so empfindlich gerade an den Kriegs-opfern auswirken mußte. Nicht nur im Interesse dieser, sondern im allgemeinen Interesse sind schnelle Abhilfe-maßnahmen geboten, die einer Fortwirkung der gegen-wärtigen beeinträchtigenden Maßnahmen beugen und die durch sie veranlaßten Schädigungen ausgleichen. Das gilt um so mehr, als es sich zum Teil um Ein-stellung oder Verlangsamung von Zahlungen handelte, auf die die Versorgungsberechtigten mit Recht glaubten Rechtsansprüche geltend machen zu können. Die Inan-spruchnahme von Mitteln der Fürsorgestellen dürfte um

so weniger als angemessenes Ausgleichsmittel gelten, als diese Stellen selbst notleidend sind.

Wenn so Rentenzahlungen erst verspätet oder por-tionsweise geleistet wurden, so mußte dies besonders ver-bitternd auch deshalb wirken, weil durch eine in Teilen der Presse enthaltene ungerechtfertigte Kritik des gelten-den Versorgungsrechts die Öffentlichkeit gegen die Kriegsoffer eingekommen wird.

Ganz besonders katastrophal haben sich die Spar-maßnahmen auf dem Gebiete der Kapitalabfindungen nach § 72 ff. des Reichsversorgungsgesetzes ausgewirkt, die ja ein wesentlicher Bestandteil der dringend notwen-digen Wohnungsfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen sind. Die Unterbrechung der Kapi-talabfindungen verhindert außerdem die Verwendung von Hauszinsfuermitteln der Länder und Gemeinden, die für das kommende Baujahr bereits jetzt zur Vertei-lung gelangen, und stört auch eine günstige Entwicklung des Baumarktes.

Auch auf dem Gebiete der Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen hat sich infolge der Sparerlasse eine Bewil-ligungspraxis herausgebildet, die die ernstesten Bedenken hervorruft. Es widerspricht dem Wesen und Zweck dieser Bezüge, daß sie erst nach monatelangem Prüfungs-verfahren und dann erst vom Bewilligungsmonat ab ge-zahlt werden. Durch diese Handhabung wird die Be-zugsausbildung der Kriegerwaisen, die eine ernste wirt-schaftspolitische und auch ethische Notwendigkeit darstellt, in vielen Fällen in Frage gestellt.

Schwerwiegende Bedenken müssen auch dagegen erho-ben werden, daß in einem Zeitpunkte, in welchem die Spruchinstanzen der Versorgung mit Berufungen und Reklamen derart überflutet sind, daß eine sichere und schnelle Rechtsprechung gefährdet erscheint, die Reichs-regierung die Nachuntersuchungen wieder aufnimmt. Ge-

gen die Nachuntersuchungen an sich werden Einwändun-gen nicht erhoben, es muß aber der Zeitpunkt bemängelt werden und der wohl nicht nur äußere zeitliche Zusam-menhang mit den sonstigen Sparmaßnahmen.

MitRücksicht auf alle diese Tatsachen hält der Gesamtvor-stand es für dringend geboten, daß unter Aufhebung der Sparerlasse durch beschleunigte Vorlage eines Nachtrags-etats, mit dem nicht erst bis zur Vorlage des Hauptetats gewartet werden dürfte, die Schädigungen wieder ausge-glichen werden, die bereits zu beklagen sind, und daß der Hauptetat des nächsten Jahres ausreichende Mittel zur sicheren Fortführung der Maßnahmen zur Verbesserung des Loses der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterblie-benen im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft wieder enthält. Zu diesem Zweck muß u. a. auch Vor-sorge getroffen werden, daß für die Kapitalabfindung verstärkte Mittel zu Gebote stehen, damit für die Aus-fälle dieses Notjahrs Ausgleich geschafft werden kann. Daneben ist Sicherheit dafür zu geben, daß die Etatspos-itionen für die einzelnen Verwendungszwecke auf dem Ab. Rh.-Gebiet genau abgegliedert werden und daß künst-ig die Vermengung und Uebergriffe von einer zur an-deren Position ausgeschlossen sind“.

Unsere „Feierstunden“

enthalten an Bildern: Markt —, den wir wahrscheinlich irgendwo in Norddeutschland suchen müssen —, Ein deut-scher Forscher verschollen, Deutsche, aus Rußland vertrie-bene Bauern, Ein modernes Arbeitsamt in Dessau, Flug-zeuglandung ohne Gefahr, Die Tempelglocke von China-gawa. — Um einer solchen Seeligkeit und Glückseligkeit, wie wir sie in der Idylle lesen, möchte man neidisch wer-den. „Advent“ von Erlbed führt uns in die schöne Weih-nachtszeit.

Die Reichstagsausssprache über das Freiheitsgesetz

Berlin, 29. Nov. Im weiteren Verlauf der Reichstags-aussprache über das Freiheitsgesetz nahm nach dem Vertre-ter der Wirtschaftspartei Abg. F e d e r, NS, das Wort. Er erklärte, daß das deutsche Volk nach dem Youngplan in Wahrheit insgesamt fast das Doppelte zu tragen habe, als es nach dem Dawesplan zu erfüllen verpflichtet sei. Hinzu komme, daß bisher unter Transferschutz in deutscher Wäh-rung gezahlt werden konnte, während nun nach dem Youngplan die Zahlungen in fremder Währung erfolgen müßten.

Weiter sprach der Kommunist H e c k e r t, der von dem Youngplan auch eine wirtschaftliche Schädigung der Sow-jetunion befürchtete.

Als zweiter Redner der Deutschnationalen wies Abg. Dr. Freiherr v. F r e n t a g-Loringhoven darauf hin, daß eine große Kluft zwischen Worten und Taten der Regie-rung liege, die einerseits das Freiheitsgesetz als bedeu-tungslos Torheit hinstelle, trotzdem aber gleichzeitig mit einem fieberhaften Eifer dagegen kämpfte. Nur aus Furcht könne dieser Eifer geboren sein. Aus Angst vor dem Volks-begehren habe man selbst Rechtsverletzung und Verfas-sungsbruch nicht verschmäht. Im Vordergrund stehe dabei der Beamtenterror. Auch die Ansetzung der Abstimmung auf den Goldenen Sonntag verlege die Verfassung und bedeute eine schwächliche Spekulation auf religiöse Empfin-dungen. Der Youngplan und auch die mit ihm direkt verknüpften politisch und wirtschaftlich unerträglichen Ver-träge mit Polen, stelle nicht, wie man behaupte, eine Poli-tik der Verständigung, sondern eine Politik der Verfall-tung dar. Aller Widerstand aber werde das Erwachen des deutschen Volkes wohl verzögern, nicht aber verhindern können.

Abg. D ö b e r i c h von der Christl.-Nat. Bauernpartei erklärte, den Regierungsparteien sei jedes Mittel recht, um sich an der Macht zu erhalten. Es jonglierten zu die-sem Zweck mit der Weimarer Verfassung nach Belieben. Die Rede des Ministers habe nicht dem Ernst der Ange-legenheit entsprochen.

Die erste Lesung schloß ab mit der Rede des Abg. B e s t von der Volkspartei, der die Höhe der Lasten des Youngplanes untragbar nannte, sich aber von einem ein-seitigen Widerruf der Kriegsschuldfrage für Deutschland nichts versprach.

Nachdem dann ein deutschnationaler Antrag die Vor-lage an den Rechtsauschuß zur Nachprüfung des angeblieh verfassungsändernden Charakters zu überweisen, abge-lehnt worden war, vertagte sich der Reichstag auf Sams-tag vormittag, um dann in die zweite Beratung des Ge-sezentwurfes einzutreten.

Die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei. — Einigkeit über das Verfahren bei der Ab-stimmung über das Freiheitsgesetz.

Berlin, 30. Nov. Die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion dauerte bis gegen 2.30 Uhr morgens. Gegen 2 Uhr trat wiederum eine Unterbrechung der Sit-zung ein, während der eine neue Sonderberatung einiger Mitglieder stattfand. Ueber das Ergebnis der Fraktions-sitzung erfährt die Telegraphen-Union, daß über das Ver-fahren der Abstimmung über das Freiheitsgesetz in der Samstagssitzung des Reichstags Einigkeit in der Fraktion erzielt wurde. Es wird kein Mitglied der Fraktion gegen das Freiheitsgesetz bezw. den Paragraphen 4 Stimmen.

Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung?

Berlin, 30. Nov. Wie der „Demokratische Zeitungs-dienst“ erfährt, ist im Reichsarbeitsministerium eine Vor-lage ausgearbeitet, die vorsieht, den gesetzgebenden Kör-perschaften in nächster Zeit eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1/2 v. H. vorzuschlagen. Dieser Vorschlag sei entstanden, weil man im Reichsar-beitsministerium zur Zeit keinen anderen Ausweg sehe, um das entstandene und das noch entstehende Defizit bei der Arbeitslosenversicherung auszugleichen. Dieses Defizit werde bei dem jetzt in Geltung befindlichen Beitrag von 3 v. H. auf rund 200 Millionen Mark geschätzt. Der Reichs-finanzminister habe sich bei den bisherigen Verhandlun-gen außerstande gesehen, diese Beträge aus der Reichskasse zur Verfügung zu stellen. Auch eine darlehensweise Hin-gabe erscheine für die Reichskasse nicht tragbar. Es werde also geprüft werden müssen, ob eine Beitragserhöhung und zwar in dieser vom Reichsarbeitsminister vorgeschlagenen Höhe notwendig sei. Eine solche Beitragserhöhung, die zur Hälfte von den Arbeitnehmern und zur Hälfte von den Arbeitgebern getragen werde, dürfte rund 240 Millionen Mark im Jahr an Mehreinnahmen bringen.

Rheinlandordonnanzen und Befreiungsfeier.

Koblenz, 20. Nov. General Thevening, der Komman-dierende der letzten noch hier befindlichen Befehlstruppe hat am Freitag dem Oberpräsidenten der Rheinpro-ving, dem Regierungspräsidenten und dem Oberbürger-meister von Koblenz Abschiedsbesuche abgetatet. Die Tri-kolore wird heute Samstag um 11.15 Uhr eingezogen. Der Abtransport des Truppenkommandos erfolgt um 12.50 Uhr. Vom Hauptbahnhof Koblenz nach Mainz. Kurz nach 13 Uhr geht eine letzte kleine Abteilung mit einem Last-kraftwagen von hier ab, jedoch von diesem Zeitpunkt an kein französischer Soldat sich mehr in Koblenz aufhalten wird.

Trotzdem Koblenz von militärischen Truppen Frank-reichs befreit sein wird, steht bis heute noch nicht fest, ob auch die Rheinlandordonnanzen der InteralliiertenRhein-landkommission schon aufgehoben werden. Darüber dürfte erst am Samstag vormittag die Entscheidung fallen. Falls die Ordonnanzen nicht aufgehoben werden, dürfte die Ge-fahr bestehen, daß die Befreiungsfeier in der zweiten Zone am Samstag noch nicht abgehalten werden könne.

Besuch der Zeppelinbefähigung in Hamburg. Auf eine im Sep-tember nach Beendigung der Weltfahrt erfolgte Einladung der Hagap an die Zeppelinbefähigung trifft am Samstag oder Sonn-tag ein Teil der Befähigung des Luftschiffs unter Führung des Kapitäns von Schiller in Hamburg ein. Für den dortigen Aufenthalt, der sich bis Dienstag ausdehnt, sind verschiedene Be-sichtigungen vorgesehen.

Das englische Riesenluftschiff R. 101 soll mit neuen Motoren ausgestattet werden, da die jetigen Maschinen bei den Probeflügen sich als zu schwer erwiesen haben, so daß die gewünschte Schnelligkeit sich nicht erzielen ließ. Die Höchstgeschwindigkeit betrug 112 Kilometer in der Stunde, während nach dem Urteil der Sachverständigen das Luftschiff ohne praktischen Wert wäre, wenn es nicht eine Geschwindigkeit von mindestens 144 Kilometer hat. Die neuen Maschinen werden ebenfalls Dieselmotoren mit Schwer-ölbrennung sein.

Der Luftschiffbau in England. Der englische Luftschiffver-ständige Burney erklärte, wenn die Regierung nicht bereit sei, während der nächsten 5 Jahre für die Entwicklung des Luftschiff-baus 60 Millionen Mark auszugeben, dann würde sie besser ihre Finger überhaupt vom Luftschiffbau lassen. Die Erbauerin des R. 100, die Vickers-Aktiengesellschaft, habe einen erheblichen Anteil an den Baukosten getragen und könne einen solchen Ver-trag nicht wieder übernehmen.

Byrds Flug nach dem Südpol. Der amerikanische Flieger-oberst ist am 28. November zu seinem schon lange vorbereiteten Flug nach dem Südpol gestartet. Die Strecke soll 25000 Kilo-meter betragen, wobei eine Höhe von 3000 Meter überflogen werden muß. Außer Byrd befinden sich drei Personen im Flug-zeug. Führer der Maschine ist Bert Bar-ken, der auch bei dem Flug Byrds über das Atlantische Meer 1927 das Flugzeug führte.

Unterschlagung. In der Raiffeisenkasse in Ohmannstadt bei Weimar sind Unterschlagungen des Kassierers, eines Lehrers aus dem Ort, in Höhe von mehreren tausend Mark entdeckt worden. — Bei der Nebenstelle der Bank von Norwegen in Friedrichsbad wurden Unterschlagungen des Kassierers in Höhe von 552 000 Kronen (618 000 Mark) festgestellt. Der Kassierer hatte Geldscheine aus den von der Hauptbank eingetroffenen Geldsendungen herausgenom-men und Pappdeckel hineingesteckt, so daß die Banknoten-bündel die richtige Größe behielten.

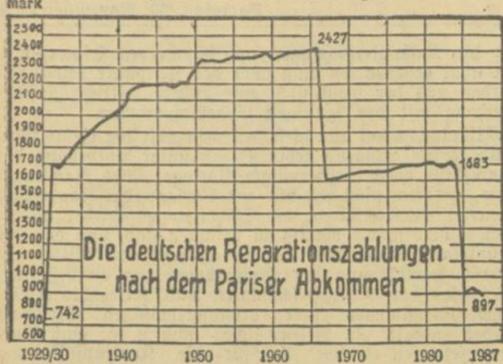
Eine Mutter mit vier Kindern in den Tod gegangen. In Wanowitz (Oberschlesien) wurde die 26jährige Frau des Stellenbesetzers Proffe mit ihren vier Kindern tot aufgefunden. Der Chemann befand sich seit Mitte voriger Woche im Niederkommen auf der Suche nach Arbeit. Die Kinder, im Alter von 8 Monaten bis 5 Jahren, lagen tot im Bett. Die Mutter hatte sich am Bettpfosten erhängt.

Einbruch in ein Postamt. Am Freitag früh gegen 4 Uhr wurde ein schwerer Einbruch in das Postamt Lautenthal (Braunschweig) verübt. Die Türen wurden erbrochen und der Geldschrank, in dem sich 6700 Mark befanden, gesprengt. Das Geld war zur Auszahlung von Heeresrenten bestimmt. Außerdem wurden noch für 2900 Mark Invalidentarten gestohlen. Die Täter sind entkommen.

Großfeuer in einem amerikanischen Hafen. Ein Brand, der auf einem Dock in Hall (Massachusetts) ausgebrochen war, griff bei dem herrschenden Sturm auf den angrenzenden Dockteil über und richtete einen Schaden von mehr als einer Million Dollar an. Fünf Ausladungsdampfer sind ver-brannt und zahlreiche Häuser wurden beschädigt.

Unsere Beilagen enthalten: Sonntagsgedanken zum 1. Advent, Letzte Spuren byzantinischen Glanzes, Ein kalter Winter, Kolonistenjoch, Wie große Männer leben, Die verräterischen Abtagnägel, Erzählung Elefanten von Rovuma, Afrikanisches Erlebnis, Geitalten der Grenze, Roman Politische Wochenschau, Der bewährte Warmat, Jurid zum Mittelalter, Verschiedenes.

### Handel und Verkehr



Die Kurve zeigt die in Paris vereinbarten deutschen Jahres-Verschuldungen in Millionen Reichsmark. Die erste Zahlung von 742 Millionen Mark ist in der Zeit vom 1. September 1929 bis 31. März 1930 zu leisten. Vom 1. April 1930 ab fällt das Annuitätsjahr mit dem deutschen Haushaltsjahr zusammen.

#### Wirtschaftskrise und Bankgewerbe

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes faßt seine Ansicht über die gegenwärtige Lage des Bankgewerbes in folgenden Sätzen zusammen: „Von den krisenhaften Stö-

rungen, die dieser Wirtschaftsprozess durchzumachen hatte, ist im einzelnen seiner Glieder auch das deutsche Bank- und Bankiergewerbe mitbetroffen worden; als Ganzes und im großen gesehen, hat es seine Gesundheit und Widerstandskraft bewahrt. Rechtzeitig getroffene Maßnahmen betriebstechnischer und betriebsorganisatorischer Rationalisierung sowie eine mitunter als übervorsichtig kritisierte Kreditpolitik haben nachträglich ihre Rechtfertigung gefunden, und es hat sich gezeigt, daß im deutschen Bank- und Privatbankiergewerbe noch immer die Eigenschaften vorhanden sind, die Kräfte tätig sind, damit denen in den letzten 15 Jahren Gefahren und Erschütterungen weit schwererer Art erfolgreich überstanden wurden.“

**Kündigungen bei der Dresdner Bank.** Die Dresdner Bank in Berlin hat bei ihren sächsischen Niederlassungen umfangreiche Kündigungen der Angestellten vorgenommen und bei den übrigen Gehaltsverminderungen durchgeführt.

**Zahlungseinstellung.** Die Textilgroßhandelsfirma Hirz u. Wormler in Frankfurt a. M. hat die Zahlungen eingestellt. Die Schulden der zusammengebrochenen Bank Fiorina u. Sichel in Kassel betragen 4,2 Mill. M., denen 2,5 Mill. zum Teil zweifelhafte Vermögenswerte gegenüberstehen sollen. Das Modehaus Flatow, Gerson, Prager in Berlin strebt einen Vergleich mit 30 v. H. an.

**Konkurs.** Julius Widmann, Mechanikermeister in Schwiebingen bei Ludwigsburg.

#### Märkte

**Viehpreise.** Marbach: Farren 330, Ochsen und Stiere 485 bis 640, Kühe 230—480, Kalbinnen 418—640, Jungrinder 210—330. — Munderfingen: Pferde: 750, Farren 320—950, Ochsen 350—720, Kühe 260—560, Kalbinnen 405—650, Rinder 150—400 M.

**Schweinepreise.** Winnenden: Milchschweine 40—55, Läufer-schweine 100. — Altdorf: Milchschweine 47—50. — Creglingen: Milchschweine 40—50. — Gaildorf: Milchschweine 32—48. — Munderfingen: Mutter-schweine 260—301, Läufer 75—80, Milch-schweine 44—50. — Nürtingen: Milchschweine 34—46 M. d. St.

**Fruchtpreise.** Winnenden: Weizen 12—12,40, Haber 7,50—8, Dinkel 8,70—9,20, Roggen 10, Gerste 10—10,90 M. der Zentner.

**Obstmarkt Winnenden vom 28. Nov.** Der Obstmarkt wurden zugeführt: 40 Säcke Mostobst, Preis 5,80 M., 220 Körbe Tafel-obst, 6—14 M., 10 Körbe Quitten 5—7 M. Gute Nachfrage nach Mostobst, Tafelobst flau. Nächster Obstmarkt am Donnerst-ag, 5. Dezember.

**Pachtung eines Hofguts.** Defonomierat Fr. Reiner hat das Hofgut Oberhaslach bei Ilm gepachtet.

#### Wetter

Infolge der nordwestlichen Depression ist für Sonntag und Montag immer noch unbeständiges, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

**Gestorbene:** Joh. Schittenhelm, Ochsenwirt, Unterma-sbach. — Josef Schäfer, Landwirt und Jäger, 64 Jahre, Bittelbronn. — Karoline Deißh, geb. Kohler, 60 Jahre, Neuen-bürg. — Emilie Aldinger, Wwe., 62 Jahre, Schwanm.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten  
hiezuh die illustrierte Beilage „Feierstunden“

### Amtliche Bekanntmachung König-Karl-Jubiläums-Stiftung.

Die Stiftungsmedaille soll auch in diesem Jahr an tüchtige landw. und gewerbliche Arbeiter (Arbeiterinnen) und Bedienstete (ausgenommen weibliche Dienstboten) wieder verliehen werden, wenn sie in einem und demselben Unternehmen langjährige (35jährige gewerbliche, 25jährige landwirtschaftliche) treue Dienste geleistet haben. Gesuche um Verleihung der Medaille sind, mit dem Dienst- u. Leumundszeugnis versehen, durch Vermittlung des (Stadt)Schultheißenamts des Dienstortes bis spätestens 10. Januar 1930 beim Oberamt einzureichen. (Staatsanzeiger Nr. 279).

Nagold, den 29. Nov. 1929. 1702

Oberamt: Baitinger.

Die auf der  
**Plaff-Nähmaschine**  
im Stüchkurs angefertigten Arbeiten  
sind im oberen Schaufenster von  
**Hermann Reichert** zu besichtigen.  
**E. Moser, Nähmaschinen**

Habe noch zwei neue  
kleinere 1697  
**Schweine-  
Ställe**  
zu verkaufen.  
Größe 1,70x1,80 m.  
**Christian Schuh**  
Steinbruchbesitzer  
Hochdorf O. A. Horb.

Waschkörbe  
Reisekörbe  
Handkörbe  
Arbeitskörbe  
**Korb-  
Möbel**  
bei 1691  
**G. Katz**  
Korbmachermeister  
Nagold, Vorstadt

**Union-Briketts**  
**Eiform-Briketts**  
**Naßkohlen**  
**Zentralheizungs-  
Koks**  
empfehlen aus  
dieser Lage ein-  
treffenden Ladun-  
gen billigt  
**Berg  
& Schmid**  
1659

**Radium-Hochfrequenz-  
Bestrahlungs-Institut**  
wie Zeileis-Gallspach. Fachmännische  
Behandlung. Sprechstunden 8—12, 2—7 Uhr  
**Viktor Merz, Pforzheim**  
Heilkundiger, Westliche 31 1639

VERLOBUNGS-  
HOCHZEITS-**KARTEN**  
von einfacher bis feinsten Ausführung  
fertigt rasch und preiswert die  
**Buchdruckerei G. W. Zaiser, Nagold**

Meine 1698  
**Spielwaren-  
Ausstellung**  
ist eröffnet  
**W. SAUR, Marktstraße.**

**DIE  
ÖFFENTLICHE  
BAUSPARKASSE  
WÜRTEMBERG**  
ist  
**ERÖFFNET**  
Sie ist eine gemeinnützige Einrichtung des Württem-  
bergischen Sparkassen- und Giroverbands und darum  
**billig und unbedingt sicher**  
Sie gibt **Geld zu 4%**  
zum Wohnungsbau  
zum Hauskauf  
zur Hypothekenablösung  
Sie verschafft  
**jedermann**  
der sparen kann und sparen will, ein  
**gesundes, schuldenfreies Eigenheim**  
Auskunft durch:  
die öffentlichen Sparkassen (Oberamts-, Städtische,  
Gemeinde-Sparkassen, die Württ. Landessparkasse)  
und die  
**Öffentl. Bausparkasse Württemberg**  
Stuttgart, Kaszelstraße 34

Nagold, 30. Nov. 1929.  
**Danksagung**  
Für all die Liebe und Teilnahme, die  
wir während dem Kranksein und beim  
Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres  
guten Vaters, Bruders, Schwagers,  
Schwiegers und Großvaters  
**Johannes Huber, Maurer**  
erfahren durften, für die zahlreiche Lei-  
denbegleitung und die vielen Kranzspen-  
den sagen wir unseren innigsten Dank.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Photographierte Musik  
auf Schallplatten  
die neue Erfindung der deutschen Phonotechnik  
**TRI-ERGON**  
PHOTO-ELECTRO-RECORD  
bei  
**FERD.  
WOLF  
NAGOLD**  
Schallplatten  
Handlung  
Burgstraße  
Vorspiel bereitwilligst.  
Besichtigen Sie mein Tri-Ergon-Sonderfenster. 1703

**In den Bezirken**  
Karlsruhe, Göppingen, Horb,  
Freudenstadt, Haigerloch, Rott-  
weil, Oberndorf, Sulz, Rotten-  
burg, Nagold, Herrenberg,  
Lüdingen, Balingen, Calw  
und Heilbrunn habe ich eine  
größere Anzahl Objekte,  
bereits aller Branchen, auf-  
tragsweise, zum Teil unter  
äußerst günstigen Bedingungen,  
zu verkaufen. Anfragen siehe  
entgegen, jedoch bitte ich Inte-  
ressenten, bei etwaigen Anfra-  
gen das zur Verfügung stehende  
Angebot bekannt zu geben.  
**Albert Preßburger**  
**Immobilien u. Hypotheken**  
**Horb a. N., Telefon 238**  
Rückporto erbeten! (1156)

**Brauchen Sie**  
ein Kunstbein  
eine Rücken-, Bein-  
oder Fußstütze  
eine Leibbinde  
ein Bruchband  
Krampfadernstrümpfe  
etc.  
so wenden Sie sich zwecks individueller An-  
passung an das Alt. (1907 gegr.) württ. Fach-  
geschäft für mechan. Orthopädie (1155)

**Webber & Greissinger**  
Stuttgart, Seidenstr. 14/16 Tel. 23071

**Teppiche**  
und  
**Bettvorlagen**  
in modernen und Persernustern zu  
billigen **Eröffnungspreisen**  
im  
**Teppich-  
haus S. Eberhardt**  
Pforzheim, Westliche Karl-Friedrichstr. Nr. 23, I.  
gegenüber vom Schauspielhaus 1700